

Pozener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 656.

Das Umschlagblatt auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierfachlich für die Stadt Poznań 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Gr. Bestellungen nehmen alle Postkassen des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 19. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

Ausschüsse
Annahme-Bureau
In Polen
Zuher in der Expedition
V. Pruski (F. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
Bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedhofstr. 4;
in Grätz bei Herrn J. Streissig;
in Frankfurt a. M.;
G. L. Haube & Co.

Ausschüsse
Annahme-Bureau
In Berlin, Hamburg
Bremen, München, G. C. Ecke
Rudolph Klaß;
in Berlin, Dresden
Frankfurt a. M., Leipzig, Hanover
Wien u. Salzburg
Dresdenstein & Vogel;
in Berlin:
J. Reitmeier, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Gobatz.

1874.

Amtliches.

Berlin, 18. September. Der König hat das technische Mitglied der Eisenbahn-Kommission zu Hannover, bish. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Theodor Beckmann; das techn. Mitglied der Eisenbahn-Kommission (Hannoversche Staatsbahn) zu Kassel, bisherig. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Otto Hinüber; das technische Mitglied der Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M., bish. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Julius Schwalb; und das technische Mitglied der Eisenbahn-Kommission zu Aachen, bish. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Peter Mechelen, zum Reg.- und Baurath; den Staats-Procurator Eduard Müller in Köln zum ständigen Kammer-Präsidenten bei dem Landger. in Aachen; den als Abtheil.-Dirig. an das Kreisgericht zu Quedlinburg versetzten Kreisrichter von Niemitz in Halberstadt und den als Kreisrichter, unter Übertragung der Funktion des Abtheil.-Dirig. an das Kreisger. in Nienburg a. d. Saale; sowie den Amtsrichter Heeger in Biegenhain zum Kreisger.-Rath; sowie den Staatsanwaltsgeschäftsmann Dr. Scheibler in Tilsit zum Staatsanwalt in Duisburg ernannt.

Telegraphische Nachrichten.

Altona, 17. September. Von den Wahlmännern, welche in der heute abgehaltenen Wahl für die Neuwahl eines Abgeordneten gewählt wurden, sind 159 für den bisherigen fortschrittlichen Abgeordneten Warburg und 115 für den Sozialdemokraten Reimers. Die Wiederwahl von Warburg erscheint somit als gesichert.

Hannover, 18. September. Der Kaiser und der Kronprinz sind von dem heutigen Manöver Abends 6 Uhr mit der Altenbefener Bahn hierher zurückgekehrt. Se. Majestät wird auch morgen Vormittag nochmals den Manövern beiwohnen. Die Abreise nach Kiel ist auf morgen Nachmittag 2 Uhr festgesetzt.

Wien, 18. September. In der heutigen Sitzung des hiesigen Gemeinderathes wurde über das Zustandebringen eines Nationalgeschenks für die Mitglieder der österreichischen Nordpol-Expedition berathen. Es wurde beantragt, daß die Gemeinde Wien sich mit 5000 fl. an die Spitze einer Subskription stellen und alle zu dem gedachten Zweck einlaufenden Gelder theils zur Vertheilung unter die Schiffsmannschaft, theils dazu verwenden sollte, daß den Offizieren und Gelehrten der Expedition die Möglichkeit geboten werde, ihre Erfahrungen für die Wissenschaft nutzbar zu machen. Sämtliche Städte und Gemeinden Österreichs sollen durch ein Rundschreiben des Bürgermeisters gleichfalls zur Beteiligung von Beiträgen eingeladen, eine Aufforderung, in derselben Weise in Ungarn die Initiative zu ergreifen, soll an den Oberbürgermeister von Buda-Pest gerichtet, an die Bevölkerung von Wien soll ein besonderer Aufruf erlassen werden. Die vorstehenden Anträge wurden einstimmig genehmigt und zu ihrer Ausführung eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission gewählt. — Der niederösterreichische Landtag wird am 22. d. über das Nationalgeschenk für die Expeditionsmitglieder gleichfalls beschließen.

Eine aus dem karlistischen Organ „Cuartel Real“ auszugweise hierher gemeldete Nachricht sagt, der Kaiser von Russland habe in einem Antwortschreiben an Don Carlos den letzteren seiner Sympathie versichert und bedauert, daß Spanien durch chronische Revolutionen und Mißachtung der Lehren der Geschichte seinen gebührenden Rang unter den Nationen Europas verloren habe. Der Kaiser schließt mit dem Wunsche, daß die Spanier heimfuchenden Uebel ihr Ende finden möchten. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird diese Nachricht stark angezweifelt und der angebliche Inhalt als mindestens tendenziös-karlistisch gefärbt angesehen, indem nicht anzunehmen sei, daß der Kaiser zur Zeit aus seiner den verschiedenen spanischen Parteien gegenüber eingenommenen abwartenden Haltung heraustraten werde.

Brüssel, 18. September. „Le Nord“ schreibt über den angeblichen Brief des Kaisers von Russland an Don Carlos, wenn ein solches Schreiben überhaupt existiere, enthalte dasselbe sicherlich keine Anerkennungen, aus denen entnommen werden könnte, daß der Kaiser der karlistischen Sache zugehören sei.

Solothurn, 18. September. Der Kantonalrath von Solothurn hat den Antrag der Regierung, das Kloster Mariastein und die Stifter Leodegar, Ursus und Victor aufzuheben, mit 70 gegen 31 Stimmen genehmigt.

Rom, 18. September. Das Journal „Italie“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die vom klerikalen „Giornale di Firenze“ gebrachte Meldung, England habe seitens der in Sizilien sich aufhaltenden britischen Unterthanen vielfache Reklamationen wegen der dort herrschenden Un Sicherheit erhalten und dieserhalb mehrere Deputationen an die italienische Regierung gerichtet, jeder Begründung entbehre. — Die „Opinione“ unterzieht die Meldungen des Pariser Journal „Union“ über die angeblich auf Sizilien sich verbreitenden Ergebnisse einer Besprechung und meint, die „Union“ habe durch ihre diskreten Auslassungen nur enthüllt, mit welchen Absichten die Partei, der sie diene, umgehe.

London, 18. September. Die Bergwerkeigentümer und Bergwerk arbeiter von Durham sind zur Herbeiführung eines Schiedsspruches über die zwischen ihnen bestehenden Differenzen zusammengekommen. Die Besitzer der Hochöfen in Staffordshire und Worcestershire wollen die Löhne vom 19. d. M. ab um 10 p. Et. herabsetzen.

Christiania, 18. September. Der Führer der österreichischen Nordpol-Expedition, Lieutenant Paher, ist gestern Abend hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhofe vom hiesigen österreichischen Konsul empfangen und von einer großen daselbst versammelten Volksmenge mit lauterem Zurufen begrüßt. Ihm zu Ehren wurde ein glän-

zendes Souper veranstaltet. Heute wird Paher nach Stockholm abreisen, um der Einladung des Königs Folge zu leisten.

XX Die Gemeinde- und Gutsbezirke der Provinz Posen nach ihrer Bevölkerung.

Es mangelte bisher in der statistischen Literatur des preußischen Staates gänzlich an einem amtlichen Werke über die Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke, auch gibt es keine Privatpublication, welche sich auf die Dörfer sämtlicher Landesteile erstreckt und diejenigen, für einzelne Landesteile sind mehr oder minder veraltet oder unvollständig. Das Königliche Statistische Bureau in Berlin hat sich daher durch die gestern von uns gemeldete Herausgabe eines umfangreichen Werkes, welches diesem Mangel in der befriedigendsten Weise abhilft, von Neuem große Verdienste erworben. Das Werk führt den Titel „Die Gemeinde- und Gutsbezirke des Preußischen Staates und ihrer Bevölkerung.“ Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1871 bearbeitet und zusammengestellt vom Königlichen Statistischen Bureau und ist in besonderen Heften für jede einzelne Provinz erschienen. Das uns vorliegende Heft 4 handelt von der Provinz Posen. Dasselbe bezeichnet nicht blos von jeder Kommunalseinheit oder Gemeinde auf Grund der neuesten Aufnahmen in tabellarischer Anordnung die Zahl der Wohnplätze, der Wohngebäude, der Einzel- und Familien-Haushaltungen, der männlichen, weiblichen und sämtlichen am 1. Dezember 1871 ortsbewohnden und der vom Ort abwesenden Personen, sowie der am 3. Dezember 1867 gezählten Ortsbewohnden, sondern es unterscheidet zugleich die am Ort selbst gebürtigen Personen, ferner die Preußen von den Angehörigen fremder Staaten, in Hinsicht des Glaubensbekennnisses 5 Hauptgruppen, dem Alter nach die von 1862 bis 1871 geborenen Kinder und hinsichtlich der Schulbildung unter den vor 1862 geborenen Personen die Lesen und Schreiben verstehenden in den Analphabeten. Außerdem weiß es die Zahl der in jeder Gemeinde ermittelten Blinden, Taubstummen, Irren und Blödsinnigen nach. Wir geben im Nachstehenden vorläufig eine Übersicht der in den Regierungsbezirken Posen und Bromberg befindlichen Stadtgemeinden, Landgemeinden &c., ihrer Bevölkerung nach Zahl und Glaubensbekennnis u. s. w.

I. Stadtgemeinden: a. Regierungs-Bezirk Posen 91 mit 204 Wohnplätzen, 22,477 Wohngebäuden und 285,710 Bewohnern, darunter 103,968 Evangelische, 143,404 Katholiken, 99 sonstige Christen und 38,239 Juden. b. Regierungs-Bezirk Bromberg 50 mit 133 Wohnplätzen, 11,100 Wohngebäuden und 143,111 Bewohnern, darunter 59,837 Evangelische, 63 Katholiken, 306 sonstige Christen und 19,676 Juden.

II. Landgemeinden: a. Regierungs-Bezirk Posen 2100 mit 2710 Wohnplätzen, 61,595 Wohngebäuden und 505,618 Bewohnern, darunter 141,844 Evangelische, 361,639 Katholiken, 399 sonstige Christen und 1736 Juden. b. Regierungs-Bezirk Bromberg 1328 mit 1759 Wohnplätzen, 31,749 Wohngebäuden und 139,780 Bewohnern, darunter 141,578 Evangelische, 63 Katholiken, 173 sonstige Christen und 1825 Juden.

III. Gutsbezirke: Regierungs-Bezirk Posen 1149 mit 2408 Wohnplätzen, 14,433 Wohngebäuden und 81,483 Bewohnern, darunter 34,622 Evangelische, 190,806 Katholiken, 57 sonstige Christen und 249 Juden; Regierungs-Bezirk Bromberg 830 mit 1381 Wohnplätzen, 8408 Wohngebäuden und 34,666 Bewohnern, darunter 29,128 Evangelische, 101,152 Katholiken, 41 sonstige Christen und 257 Juden. Nicht kommunalisierte Wohnplätze: Regierungs-Bezirk Posen 9 mit 12 Wohngebäuden und 132 Bewohnern, darunter 84 Evangelische und 48 Katholiken; Regierungs-Bezirk Bromberg 12 mit 21 Wohngebäuden und 221 Bewohnern, darunter 130 Evangelische und 91 Katholiken.

Im Ganzen enthält danach die Provinz Posen 5569 Stadtgemeinden, Landgemeinden u. s. w. mit 8617 Wohnplätzen, 149,771 Wohngebäuden und 1,583,813 Bewohnern, darunter 511,191 Evangelische, 1,009,595 Katholiken, 1075 sonstige Christen und 61,982 Juden.

Unter dieser Gesamtbevölkerungzahl befinden sich dem Alter nach 438,838 Personen unter 10 Jahren, der Schulbildung nach 696,741 die lesen und schreiben können (bei 32,174 Personen konnte die Schulbildung nicht angegeben werden) und 420,020 Analphabeten. Blinde gibt es in der Provinz 1733, Taubstumme 2341, und Blöd- und Irssinnige 2357. Die Zahl der Nicht-Preußen beträgt 1863.

Wie sich aus vorstehender Übersicht ergibt, hält das evangelische Element dem katholischen in den Stadtgemeinden der beiden Regierungs-Bezirken so ziemlich die Waage, während das letztere in den Landgemeinden das evangelische fast um das Doppelte und in den Gutsbezirken um mehr als das Bierfache überwiegt. Das jüdische Element konzentriert sich fast durchweg auf die Städte, von den in der Provinz Posen befindlichen 61,982 Juden wohnen nur 4067 auf dem Lande.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 18. September.

— Die Nachricht der „Augsb. Allg. Ztg.“, daß Herr Wagener nach Varzin beschieden worden sei, hat in der Presse peinliches Aufsehen erregt. Die „B. Ztg.“ schreibt:

Als Beamter kann Herr Wagener nicht dort gewesen sein, denn Beamter ist er nicht mehr, er hat wegen der Aegirriten, die er geben, seinen Abschied bekommen und alle Welt war froh, ihn nicht mehr im Staatsdienst zu wissen. Jetzt plötzlich sollte er wieder auf-

tauchen und zu wichtigen Konferenzen nach Varzin berufen werden sein? Als Privatmann kann Herr Wagener thun und lassen, was er will, er kann also auch nach Varzin gehen und dort den Fürsten Bismarck sprechen; aber eine offizielle Konferenz ist undenkbar, weil Wagener als Rath im Staatsministerium nicht mehr fungirt. Oder wird er nach wie vor amlich in A. spruch genommen? Eine Auflösung hierüber liegt im Interesse des Reichskanzlers, von dem man nicht weißt, er möge zu Herrn Wagener noch immer Beziehungen haben. Lange bevor Dr. Lasler mit dem für befeitigt gehaltenen Geheimen Rath antrat, war letzterer von seinen sämtlichen Parteigenossen veranlaßt worden, aus der konserватiven Fraktion auszuscheiden. Ebenso wie die Altconservativen, hielten sich alle übrigen Parteien von Wagener fern; sie wollten um seiner Person willen nichts von ihm wissen. Und jetzt plötzlich sollte er wieder möglich geworden sein? In unseren Parlamenten, deren Stimmung wir kennen, darf er sich nicht wieder sehen lassen, und unsere Parlamente würden sehr ungemein berührt werden, wenn sie erfahren, es beständen wirklich noch immer Beziehungen zwischen Herrn Wagener und der Reichsregierung.

Ultramontanerseits wird eine Erklärung des Besuchs durch folgende in einer Korrespondenz der „König. Volkszeitung“ enthaltene Notiz gegeben, welche man aus Berlin schreibt:

Gestern ist zum Fürsten Bismarck nach Varzin eine Persönlichkeit berufen worden und auch darin abgereist, welche zu den erbitterlichsten Gegnern der Nationalliberalen zählen dürfte und von der diese annehmen, daß jedes Band zwischen derselben und dem leidenden Staatsmann für immer zerstört sei. Die Berufung dieses Mannes glaubte ich mit den kirchlichen Wirren in Verbindung bringen zu müssen. Ob aber darin ein Symptom für eine Wendung zum Besseren oder ein solches für eine neue Aktion „gegen Rom“ zu suchen ist, wage ich nicht zu entscheiden.

In anscheinend offiziösen Korrespondenzen wird der Aufenthalt Wageners in Varzin nicht in Abrede gestellt, wohl aber, daß derselbe noch zur Vorberatung von Gesetzen zugezogen werde. Den frustigsten Grund scheint uns die „N. St. Z.“ anzugeben, welche im Anschluß an die obige ultramontane Auslassung schreibt:

Es läge wohl näher, an die die Legitimität der pommerischen Centralbahn, durch welche Wagener so fehlerhaft promoviert wurde und die zu seinem Sturz Veranlassung gab, zu denken. Da bekanntlich auf den 2. September Termin zum öffentlichen Verkauf dieser Bahn angezeigt war, wobei aber kein Gebot gemacht wurde, wird es nun zum Verkauf der einzelnen Theile des Unternehmens kommen, wenn der Staat sich nicht verhindert, das Ganze in seine Hand zu nehmen. Dr. Achenbach hat sich aber bisher hierzu sehr wenig geneigt gezeigt.

Wie mitgetheilt, haben die Minister des Innern und der Justiz entschieden, daß eine generelle Dispensation vom Aufgebot durch das Standesamt für alle Diejenigen, welche vor dem 1. Oktober d. J. kirchlich aufgeboten worden sind, nicht stattfinden kann und gesetzlich nicht zulässig ist. Durch das königliche Regierungspräsidium, welches in gewissen Fällen die Abkürzung der Aufgebotstage zusteht, ist infolge der „Nat. Stg.“ zufolge nunmehr der hiesige Magistrat autorisiert worden, die Standesämter anzuweisen, daß sie sofort am 1. Oktober von Amts wegen die Aufgeboten aller derjenigen bewirken, welche am 28. September in Berlin kirchlich zum ersten, zweiten oder dritten Male aufgeboten worden sind. Diejenigen, welche vor dem 1. Oktober zum dritten Male kirchlich aufgeboten worden sind, sollen dann die Ehe bereits am 3. Oktober, die zweimal Aufgeboteten schon am 5. und die einmal Aufgebotenen am 12. Oktober schließen können. — Dem Vernehmen nach hat der Magistrat nunmehr definitiv beschlossen, eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über das Standeswesen in einer großen Anzahl von Exemplaren drucken und Ende dieses Monats und Anfang Oktober durch die Bezirkvorsteher und die Standesämter und mit Genehmigung des Polizei-Präsidiums auch durch die Revier-Polizei-Bureaus verbreiten zu lassen. Vom Kartographen Straube wird unter Mitwirkung des Magistrats eine Standesamtarkte schon in nächster Zeit publiziert werden, in der auch die Parochien und die Polizeireviere angegeben werden sollen und der ein passender Auszug aus dem Personenstandsgebet und das Zeichniß der Straßen, welche zu jedem Standesamt gehören, angehängt wird.

— In den Berliner ärztlichen Kreisen ist bekanntlich der Plan angeregt worden, dem verstorbenen berühmten Augenarzt Albrecht von Graefe ein Denkmal zu setzen, und es sind hierfür die Mittel durch Sammlungen aufgebracht. Dem Vorsitzenden des Komités ist nun in den letzten Tagen Seitens der Ministerien für geistliche, Medizinal- und Unterrichts-Angelegenheiten, wie für Handel &c., eröffnet worden, daß der Kaiser die Aufstellung der Statue (welche in Bronze ausgeführt wird) in dem Rondell des Gartens vor dem königlichen Charité-Gebäude genehmigt hat.

Kiel, 16. September. Ein hiesiger Korrespondent der „H. N.“ schreibt denselben mit Bezug auf den b. vorstehenden Besuch des Kaisers: „Zunächst konstatiren wir mit großer Genugthuung die überaus günstige Stimmung in der hiesigen Bevölkerung für den möglichst glänzenden Empfang unseres großen Heldenkaisers. Vor 6 Jahren war die Begeisterung keine so tiefgehende und allgemeine. Nicht nur, daß eine Minorität im Stadtratordnetenkollegium Schwierigkeiten machte, eine viel kleinere Summe als die jetzt einstimmig zur Verfügung gestellten 1200 Thaler aus der Stadtkasse zu bemühen, sondern mit Ausnahme der sogenannten grünen Gilde versagten damals sämtliche Gewerke und Gilde ihre Beteiligung. Jetzt sind alle Korporationen ohne Unterschied der an sie ergangenen Auflösung des Magistrats und Stadtverordnetenkollegiums bereitwillig gefolgt; mit einem Wort: die Herzen der gesamten Einwohnerschaft Kiel werden Sr. Majestät bei seiner Ankunft entgegen schlagen. Mag immerhin bei dem Einen die gewiß sehr richtige Rücksicht überwiegen, daß die Person des Monarchen unter allen Umständen aus dem Streite der politischen Parteien ferngehalten werden muß; mögen bei dem Andern das ehrwürdige Alter und die persönliche Liebenswürdigkeit

unseres Kaisers vielleicht mehr gelten als die großen Verdienste des Monarchen, so darf doch zugleich aus dem allgemeinen Jubel auf ein reichliches Wachsthum des nationalen Gefühls, wie auf eine sich immer mehr vollziehende Aussöhnung unserer Bevölkerung mit den gegebenen Verhältnissen geschlossen werden. Die Gegenwart unseres Kaisers bezeichnet sowit einen ferneren bedeutungsvollen Fortschritt zu dem von allen Patrioten bejubelten Ziele. Zu hoffen sieht natürlich, daß alle nicht fanatischen Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landespartei bei dieser Gelegenheit ein heiliges Gefühl vollständiger Isolierung überkommen werde und daß sie Befreiungen den Rücken lehren, deren vollkommene Aussichtlosigkeit ihnen durch die allgemeine Begeisterung für den greisen Heldenkaiser so recht sichtbar vor Augen gestellt wird." Aus der Provinz hört man schon von vielfachen Massenbesuchen, welche unsere Stadt am 20. September erhalten wird. Besuchte von Apenrade und Sonderburg und von Flensburg werden zwei flensburger Dampfschiffe Schauflüsse hierher führen. Von sämmtlichen Stationen der schleswigschen Hauptbahn, der Rendsburg-Neumünsterschen Bahn und der ostholsteinschen Bahn werden für den 20. Sept. Reisurkarten auf Kiel zu einfachen Preisen ausgetragen werden.

Wiesbaden, 16. Septbr. Der katholische Geistliche zu R. hat, wie man dem „N. R.“ mittheilt, alle diejenigen Schul Kinder, welche am Tage der Gedächtnisfeier der Festpredigt in der evangelischen Kirche auf Wunsch der Eltern zugehört hatten, weit in ihrer Glaubenskirche an diesem Tage wegen Abwesenheit des Pfarrers ein Festgottesdienst nicht stattfind, förmlich geächtigt.

Frankfurt, 16. Septbr. Die „Fr. B.“ schreibt: Der Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Leopold Sonnenmann, ist gestern nach Verbüßung der wider ihn erkannnten zweimonatlichen Gefangenstrafe aus der Haft entlassen worden. In dem Abtretungsbuch, das ihm von der Gefangen-Verwaltung schwarz auf weiß ausgetragen wurde, hat er unter der Rubrik: „Aufführung“ das Präfikat: „recht gut“ erhalten.

Lippstadt, 16. Septbr. Das amtliche „Lippstädter Kreisblatt“ schreibt: Der Herr Landrat Freyerr v. Schorlemer ist auf längere Zeit beurlaubt und der Kreis-Deputierte Herr Amtmann Garthaus in Anrohrt während derselben mit der Verwaltung des kgl. Landrats-Amts von kgl. Regierung beauftragt worden.

Aus Bern vom 15. Septemb. wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben:

Die Eröffnung des internationalen Postkongresses dessen Verhandlungen leider nicht öffentlich erfolgte heute Vormittag 11 Uhr in dem zu diesem Zweck hergerichteten Saale des alten Ständerthauses, in welchem sich vor dem neuen Bunde die ehemalige Tagssitzung der 25 Stände zu versammeln pflegte. Die Eröffnungsrede hielt Herr Bundesrat Borel, der Chef des eidgenössischen Postdepartementes. Heute handelte es sich nun um das vom Bundesrathe vorgelegte Geschäftsreglement, das einer Kommission zur Berichtigung überwiesen wurde. Laut Bernehmen wird der Kongress wahrscheinlich vorläufig nur alle zwei Tage Sitzung halten; sein Besammlungszeitraum berechnet man im Ganzen auf etwa vier Wochen. Auch zu den zwei deutschen Delegirten, Herrn Generalpostdirektor Stephan und Herrn Geheimen Postrath Günther, ist seither noch ein dritter in der Person des Herrn Geheimen Postsekretärs Hagemann bezeichnet worden. Sämmtliche 21 eingeladenen Staaten waren in der heutigen Sitzung vertreten. Noch gestern ist dem Bundesrat Seitens der russischen Regierung die Mittheilung zugegangen, daß sie außer Herrn Geb. Matz v. Belbo, Direktor des russischen Postdepartementes, noch einen zweiten Delegirten zu dem Kongress ernannt hat. Es ist dies der Kollegiatrat Georg v. Poggendorff, Geschäftsführer der ersten Sektion des Postdepartements. Wenn auch, wie bereits bemerkt, die Verhandlungen des Kongresses gegenwärtig sind, so wird doch über die von ihm definitiv gefassten Beschlüsse Abends nach 5 Uhr ein Bulletin, welches von seinen Prototypen ausgearbeitet sein wird, zur Einsicht für die Presse im Bundespalais ausgelegt werden."

Paris, 16. September. Der „Constitutionnel“ bringt folgende Note:

Wir glauben zu wissen, daß es gut sei, der an die „Debats“ gerichteten Regierungsmittheilung eine große Wichtigkeit beizulegen, und daß der Minister des Innern bei der Redaktion dieses Communiqué darauf gehalten hat, darzutun, daß er den Charakter der Regierung des Marschalls weder angreifen, noch denjenigen in einem falschen Licht darstellen lassen will."

Diese Note des „Constitutionnel“ verdient alle Beachtung, da dieselbe, obgleich er den Bonapartisten ganz hold, doch vom Ministerium zweifelhaft ist und weiß, wie ein pariser Korrespondent der „N. B.“ aus guter Quelle erfährt, die Einführung eines äußerst strengen Regiments in den Ideen der Mac Mahon'schen Regierung liegt, die sehr gut eingesehen, daß sie nur dann ihre geheimen Pläne in Ausführung bringen kann, wenn sie ungefähr die Politik, welche 1852 nach dem Staatsstreich verfolgt wurde, wieder in Anwendung bringt. Natürlich muß sie also zuerst der Presse, Schweigen auferlegen, und man darf sich deshalb darauf gefaßt machen, daß die Blätter in eine noch schlimmere Lage gerathen, als es bereits jetzt der Fall ist. Dass man es dabei hauptsächlich auf die ganze republikanische Presse, die man so schnell als möglich vollständig lähm legen will, abgesehen, geht zur Genüge aus der Sprache hervor, welche der „Schwarze Mann“ des Ministers des Innern, den man zu dem „Journal des Debats“ sandte, dem Director des Blattes gegenüberführte. Derselbe theilte dort mit, daß die Regierung nicht wolle, daß man zu Gunsten der Republik eintrete, und als man ihm erwiderte, daß Herzog Decazes der Republik keineswegs so feindlich gesinnt, meinte er: „Dieses könnte sein, aber der Marschall und Chabaud-Latour und besonders Madame“ (so bezeichnet der schwarze Mann die Marschallin) wollten nichts von derselben wissen.“ Ein Theil der republikanischen Blätter bestreitet sich, in so fern es den Marschall Mac Mahon betrifft, noch immer einer äußerst freundlichen Sprache. Der „Temps“ geht heute darin so weit, die 45.000 Stimmen, welche Maillé, der republikanische Kandidat, am letzten Sonntag erhielt, für Anhänger der sieben Jahre des Marschalls auszugeben und daraus den Schluss zu ziehen, daß 71.000 Wähler für ihn gestimmt hätten. Selbstverständlich geschieht dies, weil sie hoffen, daß der Marschall sich endlich vor den Kundgebungen des Landes beugen, sich für die Republik erklären und so Frankreich die von ihm gewünschte endgültige Regierungsumform erhalten werde. Hierin täuschen sich die Republikaner aber arg. Der Marschall ist, was er auch früher war, ein eingefleischter Anti-Republikaner, und weit davon entfernt, die Rolle eines Washington spielen zu wollen, hat er die tiefe Überzeugung, daß er berufen ist, Frankreich von dem Radikalismus und Republikanismus zu befreien, und daß er im Notfall die Berechtigung hat, von allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, um die Errichtung der endgültigen Republik, die ihm schon ein Grauel ist, weil der Vulkan sie verdammt, zu verhindern. Diese Gesinnung des Marschalls verdient insofern alle Beachtung, als sie bei den nächsten Ereignissen von großer Tragweite sein könnte.

Über die in Frankreich sich immer mehr konsolidirenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Armee und dem Clerus finden wir in der „N. B.“ nachstehende interessante Korrespondenz. Man schreibt dem rheinischen Blatt nämlich aus Paris vom 16. d. M.:

Berlissenen Sonntag fand bei Gelegenheit der ersten Abhaltung eines katholischen Gottesdienstes in dem vom General Valland kommandirten Lager vom Grand-Champ eine klerical-militärische Manifestation statt. Eine große Anzahl von Priestern aus Vannes und den umliegenden Dörfern war bei der Ceremonie zugegen, der der katholische Clerus einen großen Glanz zu geben wußte. Man bemerkte unten den Theilnehmer den Vicomte von Morbihan, Präsident von Morbihan, Herrn de la Bérardie, Mitglied der National-Versammlung, sowie die Maires der umliegenden Städte. Die Truppen waren alle unter den Waffen, als der Erzbischof von Vannes, begleitet von Herrn Trégaro, dem General-Almosnier der Marine, und einem zahlreichen Clerus eintraf. Der General Valland, sein Generalstab und alle höheren Offiziere des eilten Corps hatten sich zu beiden Seiten des Altars aufgestellt. Der Erzbischof von Vannes las die Messe und richtete in seiner Predigt eine Ansprache an die Truppe. Folgendes ist eine Stelle aus dieser Rede, in welcher der Prälat beständig sucht, die Interessen der französischen Armee als identisch mit denen des katholischen Clerus darzustellen: „Der wahre Patriotismus“, sagte er, „unterscheidet sich in nichts von einem Glaubensfaß; seine Flamme erhält sich im Gesenke auf dem Altare, dessen Feuer Gott entzündete und durch die katholischen Priester bewacht läßt. Darum sind der Clerus und die Armee dazu geschaffen, sich gegenseitig zu verstehen, zu lieben und sich eine wechselseitige Unterstützung zu wünschen.“ Zum Abschluß sprach der Erzbischof von der Militärgeistlichkeit, deren Einführung den Soldaten so sehr mißfallen hat. „Im Namen meiner Söhne im Priestertum“, waren seine Worte, „nehme ich es auf mich, die Anwendung des neuen Gesetzes über die Militärgeistlichkeit mit so viel Begeisterung ins Werk zu setzen, daß selbst die Geister des Gesetzes ihren Befall nicht verlagen können. Mein Segen wird Euch begleiten bei allen Strafanzen Eures rauhen Berufes. Keiner von Euch wird das Stichwort des Christlichen Soldaten vergessen: Religion und Vaterland! Alles für unsere heilige Religion und für das Vaterland, wie im Leben so bis zum Tode!“ Nach der Messe fand großer Parademarsch der Truppen statt, und nach Beendigung der ganzen Ceremonie lud der General Valland den Erzbischof zur Einnahme des Frühstücks in seinem Zelt ein. Der Clerus lädt seine Gelegenheit unbenutzt, seine Sache mit der der Armee zu identifizieren. Die Ceremonie von Grand-Champ fand einige Tage nach der französisch-englischen Pilgerfahrt von Pontigny statt, bei der der Kommandant der militärischen Sub-Division der Yonne und ein Theil seines Generalstabes zugegen waren. Heute noch, bei der Abreise der 4000 Pilger, welche Noyers verließen, um sich nach Lourdes zu begeben, vereinigten sich einige Offiziere der Armee mit den drei Deputirten von Avignon, um den Bischof Bourcet zum Bahnhof zu begleiten. Die Pilger begaben sich in großem Aufzuge aus der Kathedrale zum Bahnhof, begleitet von den Magistrats-Personen des Tribunals von Noyers und von den Maires einer großen Anzahl der umliegenden Städte.“

Madrid, 12. Sept. Das Dekret, durch welches Buxerda, wie seinerzeit mitgetheilt worden ist, für seine heldenmäßige Vertheidigung gegen die Karlisten nach althispanischer Weise ausgezeichnet wurde, findet sich in der neuesten „Gaceta de Madrid“ und lautet in deutscher Uebersetzung:

Das Vaterland fügt eine neue Auszeichnung zu seinen glorreichen Überlieferungen. Die Stadt Buxerda, als Vorposten an der östlichen Grenze gelegen, bat in ihrem ansdauernden Heldentum den Bürgern Europas während der langen und angstvollen Zeit unserer Bürgerkriege gezeigt, wie groß die Liebe zur Unabhängigkeit und die Begeisterung für die Freiheit in dem Lande Sagunt's, Numancia's, Gerona's, Zaragoza's ist.

Die erlaucht treueste und heldenmäßige Stadt Buxerda hat ein hohes Beispiel von Mut und Selbstverleugnung in Vertheidigung der freiheitlichen Einrichtungen geleistet. Ein hartnäckiger und andauernder Angriff der Karlisten, der beständigen Feinde des öffentlichen Friedens und des Vaterlandes, hat neuerdings die Vaterlandsliebe des Bürgers gezeigt, die so oft schon ihre Herde bedroht sahen und immer die Belagerer tapfer zurückwiesen, auf eine leidenschaftliche Probe gestellt. Noch einmal haben diese Bürger, getreu der edlen Überlieferung ihrer Vorfahren, den furchtbaren Wall ihrer tapferen Brüder verteidigt und der Abolitionismus und der Barbarei entgegengestellt. Der Willkür und dem Blutdurste der Anhänger des Bräutidenten haben sie geantwortet mit dem heiteren Muthe und der ruhigen Tapferkeit der wahren Helden. Spanien hat mit Stolz den Mut seiner Söhne von Buxerda betrachtet, und die Regierung, welche wünscht, diese glorreiche Vertheidigung möchte den librigen Bevölkerungen ihres Sporne dienen, hat beschlossen:

Art. 1. Die Stadt Buxerda wird zu ihren Ehrentiteln den Titel: „immer unbeseigt“ führen.
Art. 2. Es wird eine Denkmünze der letzten Belagerung für die heldenmäßigen Vertheidiger Buxerda's geprägt. Diese Münze wird von Bronze sein, auf der Vorderseite wird sie die Inschrift tragen: „Den Vertheidigern Buxerda's das dankbare Vaterland. August und September 1874“; und auf der Reversseite das Wappen der Stadt.
Art. 3. Die Befestigungen Buxerda's werden auf Staatskosten gebaut werden.

Art. 4. Die liberalen Familien, welche während der Belagerung Schaden an ihren Personen oder ihrem Eigenthum erlitten haben, werden auf Kosten der Güter der Karlisten entschädigt werden.

Madrid, 8. September 1874.

Francesco Serrano.

Der Präfekt des Ministrerraths

Præfæctus Mates Sagasta.

Castellar, dem bei seinem neulichen Aufenthalte in Mailand ein Bittgesuch zur Befürwortung bei der spanischen Regierung überreicht wurde, damit dieselbe einzigen auf den Balearen-Inseln inhaftierten Italienern die Freiheit wiedergebe, hat mit Bezug darauf folgenden Brief an den „Pungolo“ in Mailand gerichtet:

An die Direktion des „Pungolo“!

Mailand, 9. September 1874.

Ich heiße die Gelegenheit willkommen, die Sie mir darbieten, um in meinem Vaterlande einzigen Ihrer Landsleute, die ich sowohl ihrer Abstammung als ihrer Sprache und Geschichte wegen stets als meine eigenen Landsleute betrachte, einige Dienste leisten zu können, und kann Sie gleich versichern, daß ich während meiner langen Laufbahn als Publizist und Därtler mich stets lebhaft für alles das interessirt habe, was Italien betrifft, für seine Freiheit, seine Einheit und seine Unabhängigkeit, als hätte es sich dabei um mein eigenes Vaterland gehandelt. Leider habe ich aber keine politischen Verbindungen zu der Regierung, die heute das Schicksal meines Vaterlandes lenkt, denn dieselbe gehört der konservativen Partei an – ich binjuge der Fortschrittspartei. Ich doch bekenne mich einige ihrer Mitglieder mit ihrer beiderm Brundibar, und andere sind wieder meine Schülerväter, und daher werde ich den natürlichen Einfluß, den diese der Politik gänzlich fernliegenden Umstände mir gewähren, dazu benützen, um dieselben zu Gunsten der großmütigen Jünglinge, die von so viel Unglück, und auch unverdientem, getroffen wurden, zu interessiren. Als ich meinen Fuß auf Italiens Boden setzte und Ihr Blatt las, da erfuhr ich erst den Fall dieser Jünglinge, die Sie mir empfohlen und für die ich das lebhafte Bedauern habe. Seien Sie daher versichert, daß ich kein Mittel unterdrücken werde, um alles wieder gutzumachen und zu verbessern, insofern es von mir abhängt. Diesen Morgen habe ich schon an den Präfekten des Ministrerraths geschrieben, ebenso auch an den Unterrichtsminister, und wollte Ihnen daher nicht antworten, bevor ich Ihnen sagen könnte, daß Sie vollständig bedient wurden.

Befehlen Sie nur immer u. s. w.

Emil Castellar.

Aus Bahonne, wird gemeldet, daß das „Guartel Real“, das offizielle Organ der Karlisten, vom 15. d. M. einen Auszug aus der Antwort des Barons an Don Karlos veröffentlicht hat. Der Baron vertheidigt Don Karlos seiner Sympathie und bedauert, daß Spanien durch chronische Revolutionen und Misshandlung der Lehren der Geschichte seinen gebührenden Rang unter den Nationen verloren habe. Der Baron schließt mit dem Wunsche, daß die Spanien heimsuchenden Übel ihr Ende finden mögten. Die Karlisten haben indeß, sagt hierzu die „Nord. Allz. Bzg.“, Europa so sehr an ihre Augen gewöhnt, daß auch diese Mittheilung bis auf Weiteres nur als eine solche betrachtet werden kann. So bestand denn auch das von den Karlisten als Sieg gemeldete Gefecht bei Sanguesa in einem unbedeutenden Scharnier. Eine Compagnie Regierungstruppen wurde in einem Hinterhalte überfallen und mußte sich zurückziehen. Die Regierungstruppen behielten die Vorpostenstellung nördlich von Sanguesa bestehen. Ebenso haben Theile von der Armee Moriones das Vordringen der Karlisten gegen Aragonien hin zurückgewiesen, auch wiederholte Angriffe der Karlisten gegen Cuena sind von der Besatzung siegreich abgewiesen worden.

Petersburg, 16. September. Die griechisch-orthodoxe Missionstätigkeit kann sich, wie die „N. B.“ ausführt, nicht gerade besonders gelungener Resultate erzielen. So eifrig auch einige der Missionen für die Zurückführung von Sekten und Andergläubigen zur griechisch-orthodoxen Kirche arbeiten, ist, selbst nach offiziellen Berichten zu urtheilen, die Zahl dieser Bekehrten so bedeutend, daß die Masse der andergläubigen Bevölkerung in Russland, wenige Gegenden ausgenommen, eher zu als abnimmt. Und nicht gering damit: nicht selten erhalten wir Nachricht darüber, daß, wenn auch die orthodoxe griechische Kirche, Dank ihrer Missionstätigkeit oder obrigkeitlichen Maßnahmen, neue Anhänger gewinnt, zu gleicher Zeit anderen Orts ganze Dörfer den Sekten und der Häresie zufallen. Als Beweis können die sich immer weiter ausbreitenden Stundisten im Kiew'schen Gouvernement und der Rücktritt bereits gelaufener Tataren bei Kasan zum Islam angeführt werden. Wenn bei uns offizielle Nachrichten über die zu den Sekten zum Islam, sogar zum Heidentum lieberstrebenden geführt werden könnten, meint die „N. B.“ ferner, müßte es sich ergeben, daß das Verhältnis der griechisch-orthodoxen Bevölkerung zu den Andergläubigen sich wahrlich nicht zu Gunsten der ersteren verändert. Die Ursachen dieser Erscheinung schreibt das Blatt dem Mangel an materiellen Mitteln in den russischen Missionen, der Stellung der Geistlichkeit, besonders der Landsgeistlichkeit und endlich dem Mangel an energischen Maßregeln gegen die andergläubige Propaganda zu.

In gegenwärtiger Zeit glaubt die „N. B.“ aber Sympathie dafür zu bemerken, daß die Missionstätigkeit im Aufschwange begriffen sei. Erstens zeigt sich eine Zunahme an materiellen Mitteln. Die „Lebenssicht über die Thätigkeit der orthodoxen Missionengesellschaft im Jahre 1873“ bringt die Mittheilung, daß das Kapital der Gesellschaft um mehr als 100.000 Rbl. gewachsen sei, so daß der Ausgabeetat im laufenden Jahr auf 55.000 Rbl. habe festgelegt werden können. Für die Mission in Tomsk sind 14.000 Rbl., in Irkutsk 20.000 Rbl., in Samotschka 4500 Rbl. und sogar für eine Gegenvorwärtsigkeit gegen die Stundisten 250 Rbl. bestimmt. Auch die Rechenschaftsberichte der einzelnen Bruderschaften sprechen, obwohl auch in geringem Maße, von einem Wachsthum ihrer Mittel.

Auch eine andere Seite der Missionstätigkeit – Bewahrung der Rechligläubigen vor Absall durch Predigt und Lehre – die früher wenig Unterstützung, ja eher sogar Behinderung gefunden, fange an, sich besser zu entwickeln. Das Predigtamt werde nicht mehr so eingeschränkt, wie früher. Daher predigen die Geistlichen jetzt weit mehr, wie z. B. die „Wladimirische Eparchialzeitung“ die interessante Notiz bringt, daß in der Eparchie im Jahre 1873 1306 Geistliche 25.022 bereits früher gedruckte, 10.053 geschriebene und 566 freie Predigten gehalten haben. Die große Zahl der selbstverfassten Predigten, gegen ein Drittheil der Gesamtzahl, beweist, daß die Wladimirische Geistlichkeit sich nicht nur ex officio mit dem Predigtamt befaßt habe. Leider fehlen aus anderen Eparchien ähnliche Angaben und so läßt es sich nicht feststellen, inwieviel Wladimir in dieser Beziehung vor den übrigen hervorragt.

Die Zahl der Bruderschaften mit Missionsscharakter ist bereits auf 20 gestiegen. Manche, wie die Bruderschaft zum heiligen Kreuz in Saratow, wirkt durch öffentliche Disputationen mit den Sekten, welche lebhaft die Theilnahme im Volk erwecken und gute Früchte tragen sollen. Eine für die Orthodoxen erfreuliche Erscheinung auf dem Gebiet der inneren Mission sind die mehr und mehr in Aufnahme kommenden sonntäglichen Unterhaltungen über moralische und religiöse Gegenstände über Fragen des häuslichen Lebens, welche die Priester mit ihren Gemeindegenossen in den Häusern derselben abhalten. Was in der rechten Weise geschieht, herrscht in den Gemeinden, wie die „Saratowsche Eparchialzeitung“ berichtet, Achtung und Vertrauen zu den Priestern und das Sektenwesen schwindet. Die „N. B.“ spricht den Wunsch aus, daß solche Unterredungen, die in einigen Gegenden eingeführt sind, überall Platz greifen mögen. Leider ist diese Sitte z. B. in Gegenden, die kürzlich vom Katholizismus oder der Union jünger des Islam von fanatischen Predigern des letzteren zum Absall verführt werden, wo sie besonders notwendig wäre, zur Orthodoxie übergetreten sind, in Gemeinden, wo kürzlich betehrte Jünger des Islam von fanatischen Predigern des letzteren zum Absall verführt werden, wo die Moslems, die Sunnitischen Anhänger gewinnen u. s. w.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. September.

— Auf die Aeußerungen der „Germania“, daß in dem Kampfe der Regierung gegen die ultramontanen Neubergriffe eine Errichtung eingetreten sei, entgegnet ein bissiges polnisches Blatt, der „Blaurod“, wie folgt:

„Das deutsche Kirchenblatt „Germania“, vor dessen verwirrenden Auseinandersetzungen wir bereits sehr oft die Peiner gewarnt haben, hat wiederum einen Bock geschossen, welchen wir nicht stillschweigend übergehen können. Das Blatt bildet sich nämlich ein, daß die Energie des Staates in dem Kampfe gegen die Kirche nachgelassen habe, daß er nicht mehr weiter kann. Woraus die „Germania“ dieses schließt, ist schwer zu erschauen. Bei uns ist wenigstens Alles beim Alten, ja sogar noch schlimmer, wie es war. Unsere Verhältnisse, die polnischen gehen natürlich die „Germania“ wenig an, sie berücksichtigt die selben nicht, und nachdem man uns ins erste Feuer geführt hat, möchte man uns noch einreden, daß es nicht brennt. Aber auch in Betreff der deutschen Zustände ist die obige Ansicht der „Germania“ eine trügerische. Ist ja doch eben der Bischof von Paderborn aufgesetzt worden, sein Amt niederzulegen. — Die lutherischen Blätter sind manchmal

förmlich von einer geistigen Blindheit der wahren Sachlage gezeitenüber geschaute.

r. Der posener Kreditverein zählt gegenwärtig bereits 119 Mitglieder und beträgt die Summe der Einlagen 4700 Thlr., darunter 1200 Thlr. von fullen Theilnehmern; auch verfügt der Verein bereits über bedeutende Depositen, jedenfalls ein Beweis des Vertrauens, dessen das junge Institut sich in weiteren Kreisen erfreut. Seit der kurzen Zeit der Geschäftseröffnung (im Juni d. J.) wurden den Mitgliedern des Vereins schon über 30,000 Thlr. Wechsel vorsortiert. — Die Liquidatoren des Vorjahr übernehmen ca. 180 Mitglieder desselben, welche sich geweigert haben, die 89 Thlr., welche jedes Mitglied zur Deckung des Defizits aufzubringen hat, zu zahlen, verklagt, und zwar vorläufig meistens nur auf 10 oder auf 18 Thlr., um im Wege des Bankatell-Prozesses rascher zum Ziele zu kommen; die spätere Klage auf den Restbetrag bleibt vorbehalten. Bereits ist eines der Mitglieder, welches auf 10 Thlr. verklagt war, von einem auswärtigen Kreisgericht verurteilt worden. Bis Ende April 1875 werden voraussichtlich die Liquidationsgeschäfte so weit erledigt sein, daß dann der Vorstand des Kreditvereins in der Lage sein wird, dieselben zu Ende zu führen.

Abiturientenexamen. Gestern Abend wurde das Abiturienten-Examen am heutigen Montag nach längiger Dauer beendet. Im Laufe des Jahres wurde die Oberprima von 42 Schülern beobachtet, von denen 3 zu Osten das Abiturientenexamen bestanden. Von den 3 verbleibenden Schülern erkrankte einer lebensgefährlich und hat bis jetzt die Klasse noch nicht wieder besuchen können; vier andere traten nach den schriftlichen bezüglichen während des mündlichen Exams zurück, die andern 34 erhalten das Zeugnis der Reife.

Die Uniformen der Eisenbahn-Baumeister und die der Postbeamten werden, wie es heißt, in Nächster wieder eine Veränderung erfahren. Die der Ersteren werden Ähnlichkeit mit den letzten der Postbeamten haben.

Diebstähle. Gestohlen wurde gestern Nachmittags einem Kaufleuten am Alten Markt durch einen Arbeiter von hier ein Paar Beinleider, ein Halstuch und zwei Tischentlüder. Der Dieb ist verhaftet und im Besitz der gestohlenen Gegenstände betroffen worden. — Einem Haushälter wurde aus unverschlossenen Zimmer eines Hauses in der Breitenstraße eine Auferuhr mit Talmigoldlette gestohlen. — Der rechtliche Eigentümer des bereits erwähnten und beschriebenen eleganten Zigaren-Nicetaires, welches neulich als gestohlen mit Beschlag belegt wurde, ist erachtet, und demselben das Necesse ete eingehandelt worden. — Gestohlen wurde einer Schneiderfrau auf der Breitenstraße durch ihren Schlafanzug aus unverschlossener Kommode 8 Thlr.

Neustadt b. B., 17. September. [Amtseinführung.] Die Vermuthung, daß der von einer Partei eingelegte Protest gegen die am 12. August hier stattgehabte jüdische Repräsentantenwahl ohne Folgen ein und die Benützung trocken von der Regierung in Posen erfolgen werde, hat sich sehr bald bewahrheitet, denn die damals gewählten Repräsentanten sind nun mehr auch von dieser Behörde bestätigt und heute durch den hiesigen Ortsbürgermeister in ihr Amt einsetzt worden. Nachdem die Konstituierung der Versammlung erfolgt war, beschäftigte sich dieselbe mit der Vorstandswahl und es wurde zunächst der hiesige Kaufmann Jakob Goldstein als erster Vorsteher auf seinen 6 Jahre wieder gewählt. Zum zweiten Vorsteher ist der Kaufmann Philip Wolfsohn und zu dessen Vertreter Herr B. Salzmann neu gewählt worden. Der Vorstz beim Repräsentantenkollegium ist für die ferner dreijährige Periode dem Kaufmann Sigismund Wolfsohn und die Vertretung desselben dem Restaurateur B. S. Sauerwerth übertragen worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Preußische Bank.** Wochen-Uebersicht vom 15. Sept. 1874.

Aktiva.		
1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 228,405,000	— 4,903,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnsklassen-Scheine	= 4,196,000	— 82,000
3. Wechsel-Bestände	= 115,443,000	— 2,240,000
4. Lombard-Bestände	= 19,008,000	— 4,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 4,254,000	+ 452,000
Passiva.		
Banknoten im Umlauf	Thlr. 273,170,000	+ 6,136,000
7. Depotsiten-Kapitalien	= 33,245,000	+ 83,000
8. Guthaben der Staatsklassen, Institute und Privatpersonen, mit Einstellung des Giro-Vertrages	= 33,935,000	— 10,887,000

Das Deckungsverhältniß des Notenmarktaufkommens, welches sich am 7. M. noch auf ca. 89½ Proz. stellte, ist heutens um fast 4½ Proz. auf rund 85 Proz. gefallen: Die Notenmarktfalation stieg um über 6 Millionen Thaler, während der Metallthaler um gegen 5 Millionen und auch der Goldthaler an Kassenscheinen um einen kleinen Betrag zurückging. Diese außerordentliche Veränderung hat aber — wenigstens scheinbar, was bei der anderweitig konstatierten, jetzigen Lage des Geldstandes übereinstimmen mag — keinen Grund in einer gesteigerten Kreditnachfrage des Verkehrs: im Gegenteil minderte sich der Inhalt des Kreditaufkommens um circa 2½ Millionen, auch die Summe der Lombard-Darlehen ist nicht in die Höhe, sondern, wenngleich um einen nur geringen Betrag, zurückgegangen, und die Privatbelanlagen weisen ebenfalls eine Zunahme auf. Die ursächliche Bewegung ist vielmehr allein die Veränderung des Staatsguithabens um nahezu 11 Millionen. Indessen wird es jedes Mal, wo die Regierung so große Summen der Bank entnimmt oder in dieselbe einstellt, schwer halten, die richtigen Schlüsse aus den einfachen Ziffern der Positionen, wie sie der Bankausweis veröffentlicht, zu ziehen.

**** Die Gewerbebank H. Schuster u. C.** in Berlin macht bekannt, daß sie wieder Depositen, wie früher, anumt und zwar gegen tägliche Kündigung mit 2 p.C. Zinsen, gegen 1 monatliche mit 3 p.C., gegen 3 monatliche mit 4 p.C. und gegen 6 monatliche Kündigung mit 5 p.C. Zinsen.

**** Pommersche Zentralbahn.** In dem am 16. d. Mts. auf dem Berliner königlichen Stadtgerichte anberaumten Termine in dem Konkurrenz über die Pommersche Zentralbahn legte der definitive Verwalter der Masse, Justizrat Dr. v. Wilmowsky, einen Vergleich vor, den er beantragte, mit der Hannoverischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Gaetorff abzuschließen. Der Vergleichungsplan wurde, wie die "Nat. Ztg." mittheilt, von Seiten des Verwaltungsrathes, als auch von Seiten des Kommissars Wilmann genehmigt.

**** Falliment.** Aus Arnswalde an der Pommersch-Märkischen Grenze wird das Falliment eines bedeutenden Mühlens-Industriellen gemeldet, dessen Wechselverbindlichkeiten, dem "Börs. Cour." zufolge, allein 100,000 Thlr. abzusehen von anderen Verpflichtungen, betrügen. Berlin ist bei dem Falliment weniger in Mitleidenschaft gezogen, als der Stettiner Platz.

**** Halle-Soran-Gubener-Prioritäts-Obligationen.** Wie die Berliner "Börs. Ztg." berichtet, soll das Privilegium für die Prioritäts-Obligationen III Emmission nummehr vom König vollzogen werden sein. Wie schon kürzlich erwähnt, in der Gesellschaft bereits von der königl. Seehandlung und der berliner Handels-Gesellschaft a. Konto dieser neuen Emmission ein Betrag von 600,00 Thlr. vorschauweise gegeben worden, so daß die Fundirung dieses Vorzuges nunmehr in nächster Zeit gegebenen dürfte.

**** Falsche Braunschweiger Zehntthalernoten.** Nach Mitteilung eines Braunschweigischen Finanzbeamten tragen die kürzlich erwähnten falschen Braunschweigischen Zehntthalern-Staatsnoten Nummern von sechs Ziffern, von denen jenseit der zweite, dritte und vierte Ziffer (536.) lithographiert ist, die erste, fünfte und sechste dagegen geschrieben ist. Es existieren aber auch Falsifikate, auf denen die ersten vier Ziffern (2536.) von vornherein mitgedruckt sind. Noch immer sollen vergleichende falsche Scheine in Umlauf sein.

**** Eine französische Stimme über die deutsche Münz- und Banknotenfrage.** Das "Journal des Débats" schreibt: "Als wir in unserem Blatte vom 27. August eine kurze Note über die deutsche Münzfrage veröffentlichten, waren wir nicht darauf gefaßt, uns deshalb von der deutschen Presse angegriffen zu sehen. Vor allen Dingen gestattete man uns die Bemerkung, daß wir in wirtschaftlichen Förderungen niemals der Politik einen Platz gönnen werden; man wolle also in unserer Kritik der neuen Münzgesetz nur eine rein wissenschaftliche Diskussion finden. Die von uns vorgebrachten Thatsachen sind durchaus wahrheitsgetreu. Wir haben schon, als Deutschland seine Ausmünzung begann, seine Bevölkerungsweise getadelt; Deutschland war es, welches beständig das Damozelshwert über dem englischen Geldmarkt hielt, unglückliche Krisen hervorrief und zuletzt noch empfindlicher, als seine Nachbarn, die verderblichen Folgen seiner falschen Münzpolitik fühlte. Als Entschuldigung machen die Deutschen gestanden, daß die Handelsbilanz sehr zu ihrem Schaden aussah; aber wenn wir uns nicht in derselben Lage? Unsere Handelsbilanz der ersten sieben Monate des Jahres ergibt einen Rückgang von 126 Millionen: haben wir deswegen baares Geld exportiert oder besteht deshalb bei uns im Verkehr irgend eine Differenz zwischen der Gold- und der Silber-Münze? Offenbar nicht? Viel merkwürdiger ist, daß wir trotz dieses Sachverhalts noch immer Werthmetalle importieren. Wir machen uns keineswegs an, den Deutschen Nachschläge zu geben und zu zeigen, wie sie es anstellen sollten, um ihren Metallumlauf zu regulieren; wenn eine Weile umgekehrt und einige Opfer gebracht haben werden, werden sie schon selbst den rechten Weg finden. Aber wir müssen aufrechterhalten, daß sie es viel geschickter hätten anstellen können. Dies vorausgeschickt, konstatiren wir, daß die deutschen Blätter die von uns erwähnten Thatsachen falsch eingestehen, wenn sie sie gleich bedeutende schwärzen, und daß sie die Schwierigkeiten, auf welche die Einführung des Goldfußes bei ihnen führt, nicht in Abrede stellen. Die "Sp. Ztg." und die "Berl. Börs. Ztg." veröffentlichten sogar über diesen Gegenstand zwei sehr bemerkenswerthe Artikel, in denen sie allerdings nicht zu denselben Schlüssefolgerungen gelangten. Die "Sp. Ztg." konstatiert, daß die Goldprägung in den Jahren 1872 und 1873 der deutschen Regierung einen Gewinn von 1,750,000 Thalern eingebracht hat. Aber, fügt sie fort, wenn man jetzt den Kurzzeitbetrag, entdeckt man, daß die Goldprägung nur mit Schaden für die Regierung fortgesetzt werden kann, noch mehr, daß man Gefahr läuft, die deutschen Goldmünzen in Form von Barren wieder nach dem Auslande wandern zu sehen. Die "B. B. Ztg." begründet das, wie folgt:

6 Thaler 24½ in Gold sind gleich 1 Pfund Sterling.

5 " 12 " " 20 Francs, und

465 " 500 Gramm feines Gold.

Nun steht aber auf dem heutigen Kourant das Pfund Sterling 6 Thaler 24½, das Zwanzigfrankenstück 5 Thaler 13½ und 500 Gramm feines Gold gelten 467½ Thaler. Die "Sp. Ztg." sucht demnach die Abhöfe in einer namhaften Reduktion des Banknotenmarktaufs und sie verlangt außerdem, daß man bald ein Gesetz über den Papiergebäckverkehr einführe und nicht bis Ende 1875 warte, um die kleinen Banknoten aus dem Verkehr zu ziehen, daß man dagegen die Gründung der deutschen Nationalbank bis Ende 1875 verschiebe. Die "B. B. Ztg." ihrerseits gesteht offen, daß Gold über die deutschen Grenzen ausgewandert ist. Um dies zu verbirken müßte man entweder den Direkt erhöhen oder den Wechselkurs auf das Ausland rückeln. An das Erstere kann man nicht denken, da die preußische Bank mit ihrem Direkt, so lange man im Privatverkehr zu 2½ Prozent dikontiert, schlechterdings nicht über 4 Prozent hinausgehen kann. Das zweite Mittel, sagte das genannte Blatt, ist von unseren griechen Bankinstituten angewendet worden, aber es gehört viel Energie dazu, damit den Zweck zu erreichen. Für jetzt deutet man das Defizit der Handelsbilanz durch Goldausfuhr. Aber im Widerspruch mit der "Sp. Ztg." sagt die "B. B. Ztg.", daß alle diese Thatsachen die Gründung einer deutschen Nationalbank, welche im Augenblick einer Krisis die Situation beherrschen könnte, als höchst dringlich erscheinen lassen. "Leider", schreibt die "B. B. Ztg.", "steht der Bankgegenwart der Regierungcher Schwierigkeiten zu bereiten, als sie bestreiten zu wollen, daher wir neue Handelskrisen in Deutschland befürchten müssen." Man sieht aus diesen Citaten, daß wir in unserer letzten Note die Sachlage nicht übertrieben haben". So weit das "Journal des Débats". Die "Sp. Ztg." meint hierzu, daß das französische Blatt zu schwarz malt und fügt dann fort: "So steht es fest, eine Reduktion der in Deutschland umlaufenden Banknoten ist nicht nur im Interesse der Münzreform, sondern auch aus allen jenen anderweitigen Gründen, welche auf dem volkswirtschaftlichen Kongress in Krefeld am 19. v. Mts. so erörtert behandelt worden sind, eben so notwendig als dringlich. Die Gründung einer Nationalbank dient an sich hierzu nicht wenn dieselbe nicht gleichzeitig mit der sofortigen Unterdrückung aller Zettelbanken verbunden ist. Das leichtere augenblicklich schon möglich ist, wird schwerlich jemand behaupten. Eine Nationalbank mit unbeschränkter Notenausgabe, und daneben dann noch diejenigen Zettelbanken in ihren zahllosen Zetteln, würde aber das Nebel nicht heilen, sondern ins Maßlose neigen. Wir glauben daß durch das verfrühte Hereinkommen der Nationalbankfrage die Aufgabe erschwert und die Lösung verzögert wird. In dieser Meinung werden wir bestärkt durch die Wahrnehmung, daß auch die Non-possumus-Politiker der privilegierten Privatbanken sich für die Nationalbank aussprechen. Denn wenn mit Hilfe dieses Gehels der Entwurf verworfen wird, bleibt hübsch Alles beim Alten."

Vermischtes.

XX Breslau. 18. September. Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte. Heute führte von 9 Uhr ab begann die 1. allgemeine Sitzung. Die bewimpelten Masten machten schon von weitem das Lieblich'sche Hotel sichtbar, das von Equipagen und Droschken umdrängt war. Die Galerien waren mit Damen gefüllt, im Saale selbst mögen wohl 3000 Mitglieder gewesen sein. Nach einer etwas langatmigen Begrüßung des ersten Geschäftsführers, des württembergischen Prof. Loewig, welcher Gelegenheit nahm, das Andenken eines genialen schwäbischen Chemikers, Jeremias Richter, zu feiern, welcher ein Zeitgenosse des großen Lavoisier war, verklautete in alämender Rede der Ober-Präsident Freiherr von Mordenskjöld im Namen der Provinz die berühmte Versammlung. Nach ihm sprach Oberbürgermeister v. Forckenbeck im Namen der Stadt; Prof. Heidenhain in dem der Universität. Darauf folgten die Vorträge von Dehnd und Birckow. Näheres Morgen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Breslau.

Angekommene Fremde vom 19. September.

BUCKOW's HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Baron v. Winterfeld aus Mts. Goslin, Rittergutsbesitzer v. Janowski u. Frau aus Polen, die Kaufleute Sachs und Chemnitz, Meissner, Hering und Speier aus Berlin, Wende und Sohn aus Warschau, Brüinner aus Stuttgart, Kotowksi aus Breslau, Ostel aus Frankfurt a. M., Kreisrichter Maaz aus Trzemeszno, Privatire Frau von Barlui aus Marienwerder, Fabrikbesitzer Hesselbein aus Hamburg, Ass.-Inspektor Gund aus Frankfurt a. M., Fabrikant Schlotterberg aus Brünn, Baumeister Weingardt aus Görlitz.

MYLAUS HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer von den Landen von Rögen, Frau Heinze aus Strumiany, Frau Gräfin von Lubinska aus Polen, Geheimrat Beimert aus Berlin, Ober-Amtmann Sasse aus Neudorf, Direktor Averino und Geschäftsführer von Becker aus Stettin, die Kaufleute Schulz aus Warschau, Müller und Frau a. Stettin, Schumann a. Greif, Sello a. Frankfurt a. O., Gier aus Berlin, Jäger aus Paris.

STEDDA'S HOTEL DE EUROPE. Die Kaufleute Dessauer aus Petersburg, Moritz aus Petersburg, Crailoff aus Petersburg, Bader aus Petersburg, Heinrich aus Sezernberg, Schramm aus Westfalen.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbes. v. Baranowski a. Gwiazdovo, v. Szulczevski a. Boguniewo, Brücknick aus Moerszien, Handt a. Karmelin u. Goleki a. Miechowo, Eis-Phys. Dr. Michalski aus Wronow, Apotheker Henckmann und Frau aus Sosnow, Kaufmann Wyszomierski und Baumeister Baranowski aus Golancz, Bürger B. Bei. u. Frau a. Trzemezno.

GRÄF. HOTEL ZUM WITZENHORN. Witzendorn, KRUGER. Rentier Devenbach a. Thorn, Frau Gutsbes. Sophie Bündt u. Tochter aus Wroclaw, Rentier Kugler a. Dresden, Landwirt Elener aus Kosien, die Kaufleute Weissen aus Olecko, Held Nathan aus Kirchheim, Schauspieler in Stuhlmacher aus Bromberg, Geometer Hahn a. Tarowitz, Hard Lasecki a. Neu-Louhe.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHEN BORN. Kaufmann Lewy aus London, Geschäftslante Bielunki aus Breslau aus Kowno, Kästner aus Krakau.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Rittergutsbes. Luther nebst Frau aus Popow, Frau Luther aus Marienwo, Maurermester Schmidt aus Schrimm, Holzmesser Burandt aus Guben, die Kaufleute Lageder aus Bries, Pawlicki aus Zielkow, Zimmermann und Lubas aus Berlin, Koch aus Dresden.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Przyjemski und Serocki aus Strzelin, C. Schlesinger aus Breslau, E. Arnum und M. Leiciger a. Berlin, Lehrer Kottbus aus Stenszwo, Tschermelstr. Plaetek aus Gniezno.

KEILER'S HOTEL. Die Kauf. Faß und Frau aus Bittau, Rosenstein aus Samocin, Hentschel, Braich und Enrich a. Breslau, Fr. Frankel aus Neustadt a. W., Inspektor Wolle aus Supice, Fabrikant Peterzik aus Glatz, Professor Donninger a. Dresden.

HOTEL DE PARIS. Die Kaufleute Cohn aus Angerburg, Kaniorowics nebst Frau und Familie aus Wesen, die Gutsbesitzer Kunzel aus Swidnica, Urbanowicz aus Polen, Rittergutsbes. Lichtwald aus Bednary, Müller aus Wieliczka, Reich aus Zielnica.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Frau Herbst und Sohn aus Breslau, Mittergutsbesitzer Wieliczka aus Polen, Brauereibesitzer Haber aus Graz, die Kaufleute Müller a. Stettin, Hock a. Eisenach, Hunger aus Carlruhe, Goldstein aus Katowitz, Naschinski aus Breslau, Stricker aus Glogau.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Best, 18. Sept. Ein unter dem Vorsitz des Kaisers abgehaltener gemeinsamer Ministerrat beschäftigte sich mit der Getreidezoll-Angelegenheit. Der Getreidezoll wird vom 1. Oktober wieder eingehoben werden.

Saint Quentin, 18. September. Mac Mahon wurde hier mit einem Hoch auf die Republik empfangen. Der Maire hob in seiner Ansprache hervor, die arbeitsamen Bevölkerungsschichten erwarteten vor der National-Versammlung die Befestigung u. d. Weiter-Entwicklung der gegenwärtigen Institutionen, alle guten Bürger würden den Marschall unterstützen. Henry Martin (republikanischer Deputirter) erklärte an Spize einer Deputation aus dem Aisne Departement das Land sei beruhigt, verlange aber die Sicherheit, die Zukunft der Exekutivgewalt Mac Mahons durch Errichtung vollständig zu sehen, die dem demokratischen Geiste entsprachen, der konserватiv für die Gesellschaft sei und das allgemeine Stimmrecht unangetastet lasse. Der Marschall erwiderte, mit Unterstützung aller guten Bürger werde er die ihm gestellte Aufgabe lösen. Mac Mahon ist Abends 6 Uhr nach Paris zurückgekehrt.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 18. September, Nachm. (Getreidemarkt). Spiraling pr. 100 Liter 100 pf. pr. September 24½, pr. September-November 22½, pr. April-Mai 60 pf. Mt. Weizen pr. September 68 Roggen pr. September-Oktober 51½, pr. October-November 50%, pr. April-Mai 148 pf. Rübbi pr. September-Oktober 17%, pr. April-Mai 56½ Mt. Bins 7½ br. — Weiter schön.

Bremen, 18. September. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 25 Pf. Fest.

Hamburg, 18. September. Getreidemarkt. Weizen loco still, auf Termine fest. Roggen loco fest, auf Termine still. Weizen 126

